

# Hintergrund

Deutschland ist mit dem Aarhus-Übereinkommen völkerrechtliche Verpflichtungen zu Transparenz, Partizipation und Rechtsschutz im Umweltbereich eingegangen. Zudem zielt die europäische Öffentlichkeitsbeteiligungs-Richtlinie u. a. darauf ab, den Rechtsschutz in Umweltangelegenheiten zu fördern und auszubauen. In der Folge trat im Dezember 2006 das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz (UmwRG) in Kraft, das Umweltvereinigungen unter bestimmten Voraussetzungen ein Klagerecht einräumt.

Die Anzahl von Rechtsbehelfen nach dem UmwRG und ihr Einfluss auf behördliche Entscheidungen war bisher nicht Gegenstand rechtswissenschaftlicher und empirischer Untersuchungen. Das Forschungsprojekt soll diese Lücke schließen.



# Forschungsverbund

## **sofia e.V.**

Sonderforschung Institutionenanalyse e.V.  
(Verbundkoordination)

Prof. Dr. Martin Führ

Torsten Osigus

Julian Schenten

[schenten@sofia-darmstadt.de](mailto:schenten@sofia-darmstadt.de)

+49 (0) 6151 16 8899

Haardtring 100, D – 64295 Darmstadt

[www.sofia-darmstadt.de](http://www.sofia-darmstadt.de)

## **Öko-Institut e.V.**

Silvia Schütte

[s.schuette@oeko.de](mailto:s.schuette@oeko.de)

+49 (0) 6151 8191 134

Falk Schulze

[f.schulze@oeko.de](mailto:f.schulze@oeko.de)

+49 (0) 6151 8191 115

Rheinstr. 95, D – 64295 Darmstadt

[www.oeko.de](http://www.oeko.de)

Gefördert durch das BMU und das UBA im Rahmen  
des UFOPLAN 2011 (Förderkennzeichen: 3711 18 107)



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz  
und Reaktorsicherheit

**Umwelt  
Bundes  
Amt**   
Für Mensch und Umwelt

# Forschungsprojekt zum UmwRG

Evaluation von  
Gebrauch und Wirkung der  
Verbandsklagemöglichkeiten  
nach dem  
Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz  
(UmwRG)

**sofia**



**Öko-Institut e.V.**  
Institut für angewandte Ökologie  
Institute for Applied Ecology

# Ziel und Methode

## Ziel

Ziel des Projektes ist es, die Effektivität von Umweltrechtsbehelfen zu analysieren. Hierzu soll eine vollständige Erhebung der bisherigen Verbandsklagepraxis nach dem UmwRG durchgeführt werden. Das Projekt soll erstmalig untersuchen, ob bereits die Klage(-Möglichkeit) einen Einfluss auf die stärkere Berücksichtigung von Umweltbelangen in der behördlichen Entscheidungspraxis hat.

## Methode

Im Mittelpunkt steht eine empirische Studie. Diese untersucht die durchgeführten Gerichtsverfahren sowie die bestehende Anreiz- und Hemmnissituation für Verbände, Behörden sowie weitere Akteure. Darauf aufbauend werden ausgewählte Rechtsfragen untersucht.

# Arbeitsschritte

## 1. Ermittlung der Fallzahlen (sofia)

- Erhebung aller Umweltrechtsbehelfe
- Ergebnis (Erfolg/Niederlage/Teilerfolg?)
- Klage wogegen gerichtet?
- Zeitpunkt, Dauer, Aufwand
- Nicht durchgeführte Rechtsbehelfe
- Bewertung der Ergebnisse

## 2. Machbarkeitsstudie zur empirischen Untersuchung (sofia)

## 3. Empirische Untersuchung (sofia)

- Gestuftes Vorgehen
  - a) Gesamtüberblick (Analyse der Fallzahlen)
  - b) Standardfallstudien (Fragebögen)
  - c) Vertiefungsfallstudien (Interviews, Aktenstudium etc.)
- Akteur- und Anreizanalyse
- Wirkungsabschätzung

## 4. Juristische Analyse (Öko-Institut)

- Juristische Einordnung der empirischen Befunde
- Identifizierung von Handlungsbedarf
- Formulierung von Handlungsempfehlungen

# Kooperationspartner

Das Projekt wird gemeinsam von Öko-Institut e. V. und sofia e. V. bearbeitet. Beide Institute haben bereits verschiedene Studien zum Umweltrecht, dessen Vollzug und Wirkung erstellt.

## **Öko-Institut**

...untersuchte im Auftrag der Europäischen Kommission für die Studie „Access to Justice in Environmental Matters“ die altruistischen Klagemöglichkeiten von Umweltverbänden in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten. Weitere Erfahrungen konnten u. a. in dem BMU-Projekt „Umweltstandards sichern, Umweltrecht vereinfachen – für ein zukunftsfähiges Umweltgesetzbuch“ gesammelt werden.

Siehe [www.oeko.de](http://www.oeko.de).

## **sofia**

...führte mehrfach Gesetzesevaluationen durch. Hervorzuheben ist die Untersuchung „Evaluation des UVPG des Bundes“, bei welcher die Auswirkungen des UVP-Gesetz auf den Vollzug des Umweltrechts und die Durchführung von Zulassungsverfahren für Industrieanlagen und Infrastrukturprojekte im Mittelpunkt standen und zudem Schwachstellen und mögliche Verbesserungsmaßnahmen für einen effektiven und effizienten Vollzug identifiziert wurden.

Siehe [www.sofia-darmstadt.de](http://www.sofia-darmstadt.de).